

07.03.94

EU - A - G - In - U

Antrag
der Freien und
Hansestadt Hamburg

Entschlieung des Bundesrates zum Schutz des Trinkwassers vor
Verunreinigung durch Pflanzenschutzmittel

DER PRÄSIDENT DES SENATS
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

Hamburg, den 1. März 1994

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Bürgermeister
Klaus Wedemeier

Sehr geehrter Herr Präsident,

der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat beschlossen, dem Bundesrat
die in der Anlage beigefügte

Entschlieung des Bundesrates zum Schutz des Trinkwassers
vor Verunreinigung durch Pflanzenschutzmittel

zuzuleiten.

Ich bitte Sie, den Entschließungsantrag gemäß § 36 Abs. 1 der Geschäftsordnung
den Ausschüssen zuzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Henning Voscherau
Erster Bürgermeister

EntschlieÙung des Bundesrates zum Schutz des Trinkwassers vor Verunreinigung durch Pflanzenschutzmittel

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich bei der Europäischen Union nachdrücklich dafür einzusetzen, daß die geltenden Grenzwerte für die zulässige Höchstkonzentration an Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffen im Trinkwasser von 0,1 Mikrogramm/Liter je Substanz und von 0,5 Mikrogramm/Liter insgesamt beibehalten werden. Das Grund- und Trinkwasser muß von Wirkstoffen und Abbauprodukten chemischer Pflanzenbehandlungsmittel frei bleiben.

Der Bundesrat bekräftigt seinen Beschluß vom 24.09.1993 zu Drucksache 312/93 -Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Anhang VI der Richtlinie 91/414/EWG über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln-, daß die angekündigte Überprüfung der Richtlinie 80/778/EWG - Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch - nicht zu einer Erhöhung des Parameters Nr. 55 - Pestizide und ähnliche Produkte - oder zu einer Aufsplitterung auf mehrere 100 Grenzwerte für jedes Pflanzenschutzmittel im einzelnen führen darf. Die Grenzwerte von 0,1 und 0,5 µg/l sind in der landwirtschaftlichen Praxis einhaltbar und bestehen zu Recht.

Er bittet die Bundesregierung, sich im Rahmen der Beratung des Vorschlags für eine Richtlinie zur Festlegung von Anhang VI über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, dem Vorschlag der belgischen Präsidentschaft, die Grenzwerte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für Pflanzenschutzmittel als Zulassungskriterien für Pflanzenschutzmittel zugrunde zu legen, nicht zuzustimmen.

123/94

Er bittet die Bundesregierung, der EG-Kommission die Deutsche Haltung zum Grundwasser- und Trinkwasserschutz bereits vor der angekündigten Überprüfung der Richtlinie von Wasser für den menschlichen Gebrauch mitzuteilen.

29.04.94

Beschluß
des Bundesrates

**Entschlieung des Bundesrates zum Schutz des Trinkwassers vor
Verunreinigung durch Pflanzenschutzmittel**

**Der Bundesrat hat in seiner 668. Sitzung am 29. April 1994 die aus der Anlage ersichtliche
Entschlieung gefaßt.**

Anlage

Entschlieung des Bundesrates zum Schutz des Trinkwassers vor Verunreinigung durch Pflanzenschutzmittel

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich bei der Europäischen Union nachdrücklich dafür einzusetzen, daß die geltenden Grenzwerte für die zulässige Höchstkonzentration an Pflanzenschutzmittel-Wirkstoffen im Trinkwasser von 0,1 Mikrogramm/Liter je Substanz und von 0,5 Mikrogramm/Liter insgesamt beibehalten werden. Das Grund- und Trinkwasser muß von Wirkstoffen und Abbauprodukten chemischer Pflanzenbehandlungsmittel frei bleiben.

Der Bundesrat bekräftigt seinen Beschluß vom 24. September 1993 zu BR-Drucksache 312/93 - Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Anhang VI der Richtlinie 91/414/EWG über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln -, daß die angekündigte Überprüfung der Richtlinie 80/778/EWG - Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch - nicht zu einer Erhöhung des Parameters Nr. 55 - Pestizide und ähnliche Produkte - oder zu einer Festlegung von Grenzwerten für jedes Pflanzenschutzmittel und seine Abbauprodukte im einzelnen führen darf. Die Grenzwerte von 0,1 und 0,5 µg/l sind in der landwirtschaftlichen Praxis einhaltbar und bestehen zu Recht.

Insbesondere bittet er die Bundesregierung, im Rahmen der Beratung des Vorschlags für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Anhang VI der Richtlinie 91/414/EWG über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln einer Zugrundelegung der WHO-Grenzwerte für Pflanzenschutzmittel als Zulassungskriterium nicht zuzustimmen.

Der Bundesrat hält es vor allem für erforderlich, daß die Grundwasser-, die Oberflächenwasser-, die Trinkwasserrichtlinie und die Zulassungsrichtlinie für Pflanzenschutzmittel im Interesse des Trinkwasserschutzes auf hohem Niveau zusammengeführt werden. Er fordert deshalb die Bundesregierung auf, bei der EU mit Nachdruck die Vorlage eines "Gesamtkonzeptes Wasser" zu fordern.

Der Bundesrat spricht sich in diesem Zusammenhang auch dafür aus, daß im Sinne einer Gleichbehandlung das Vorsorgeprinzip bei allen gesundheitsgefährdenden Stoffen zur Anwendung kommt.

Er bittet die Bundesregierung, der Europäischen Kommission die deutsche Haltung zum Grundwasser- und Trinkwasserschutz bereits vor der angekündigten Überprüfung der Richtlinie von Wasser für den menschlichen Gebrauch mitzuteilen.